

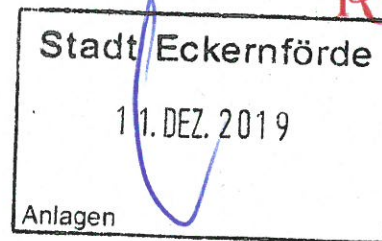
An die Bürgervorsteherin
Karin Himstedt

TOP 7 „Resolution zur Deponie an der B 76 / Kosel“

Eckernförde, den 09.12.2019

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin

für die nächste Sitzung der Ratsversammlung am 12.12.2019 bitten die o.g. Fraktionen und die Ratsfrau Doris Rautenberg folgende Resolution als TOP 7 auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen.




Doris Rautenberg
unabhängige Ratsfrau

**Resolution der Stadt Eckernförde zur Durchführung eines Raumordnungsverfahrens
anlässlich der Planung einer Bauschuttdeponie auf dem Gelände des Kieswerkes
Glindemann nördlich der B 76 bei Gammelby/Kosel**

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Eckernförde fordert das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein auf, über ein Raumordnungsverfahren zu prüfen, welcher Standort nach fachlichen Kriterien (Geologie, Hydrologie, Vegetation, Fauna, Ökoverbund, Verkehrsanbindung etc.) am besten zur Errichtung einer Bauschuttdeponie für das mittlere Schleswig-Holstein geeignet ist.

Das Raumordnungsverfahren ist einem nur auf den Standort Kosel/Gammelby bezogenen Planfeststellungsverfahren vorzuschalten.

Die Stadt Eckernförde fordert das Innenministerium zudem auf, das mögliche Deponiegebiet an der B 76 im Regionalplan II nicht weiterhin aus dem Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem auszusparen.

Stattdessen ist ein breiter Verbund zwischen Schnaaper Seen und Bültsee anzustreben und darzustellen, der die künftige Renaturierung der aktuellen Kiesgruben mit einbezieht.

Bei der Erstellung der Regionalpläne sollen daher ein durchgängiger Biotopverbund und Schutzgebietsverbund festgeschrieben werden.

Es sollte bei der Darstellung der Natura 2000 Gebiete deutlich werden, dass eine Durchgängigkeit des derzeit dreigeteilten FFH-Gebietes "Bültsee, Schnaaper See, Langsee" erreicht werden soll.

Begründung:

Der Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 19.11.2019 der Ratsversammlung empfohlen, eine Resolution zur Durchführung eines Raumordnungsverfahrens anlässlich der Planung einer Bauschuttdeponie auf dem Gelände des Kieswerkes Glindemann nördlich der B76 bei Gammelby/Kosel zu beschließen.

Bei der Entscheidung des Innenministeriums vom April 2019, auf ein Raumordnungsverfahren zu verzichten, wurde die äußerst kritisch zu beurteilende geohydrologische Situation des Standortes Kosel/Gammelby nicht vollumfänglich berücksichtigt.

Ebenso blieben die Potentiale der Weiterentwicklung des Biotop- und Schutzgebietverbundes bei der bislang vorgesehenen Renaturierung nach Kiesabbau außer Acht.

Es ist deshalb dringend eine Neubeurteilung unter Einbeziehung aller naturwissenschaftlicher und naturschutzfachlicher Erkenntnisse geboten.

Die Anhörungen zum Landesentwicklungsplan bzw. zu den entsprechenden Regionalplänen sind noch nicht angelaufen. Dies bietet die Chance, das Land jetzt noch aufzufordern, ein breites Verbundsystem in den Regionalplänen auszuweisen.

Für die Fraktionen

Gez.: Anja Koch, Edgar Meyn, Jürgen Neumann, Barbara Davy, Rainer Bosse, Bernd Hadewig, Katharina Heldt, und Ratsfrau Doris Rautenberg